

# Weltomer Kreisblatt.



erschint  
Stecktag, Donnerstags und  
Freiabend.  
Abonnementpreis 1 Mark 25 Pf.  
pro Quartal.  
Abonnements werden von sämtlichen  
Post-Anstalten, Briefträgern und den  
Agenten im Kreise angenommen.

Inserate  
werden in der Expedition:  
Berlin W., Potsdamer Straße 26b.  
sowie in sämtlicher Annoncen-Bureauz  
und den Agenturen im Kreise angenommen.  
Preis der einfachen Petit-Zeile  
oder deren Raum 20 Pfennige.

Mr. 25. Berlin, den 1. März 1887. 31. Jahrg.

## Amtliches.

Berlin, den 25. Februar 1887

### Bekanntmachung.

Nachdem die Diphtheritis-Epidemie in dem Gemeindebezirk Bohnsdorf erloschen ist, wird die meinerseits mittelst Bekanntmachung vom 27. Januar cr. Kreisblatt (Stück Nr. 12) für den Umfang des genannten Bezirks angeordnete allgemeine Anzeigepflicht hiermit aufgehoben.

Der Königl. Landrath des Teltow'schen Kreises.  
Stabenrauch.

### Bekanntmachung.

Betrifft die schulfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für das Jahr 1887

Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. 11., 1875 — Amtsblatt Seite 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die schulfreien Tage auf dem Schießplatze der königlichen Artillerie-Prüfungs-Kommission bei Cummersdorf für das Jahr 1887 wie folgt festgesetzt sind

- März 2., 6., 7., 9., 13., 14., 16., 20., 21., 22., 23., 27., 28., 30.
- April 3., 4., 6., 7., 8., 10., 11., 12., 13., 14., 18., 19., 20., 24., 25., 27., 28.
- Mai 1., 2., 4., 5., 6., 8., 9., 11., 12., 15., 16., 18., 19., 20., 22., 23., 25., 26., 29., 30., 31.
- Juni 1., 5., 8., 12., 15., 19., 20., 21., 26., 29.
- Juli 3., 7., 10., 13., 17., 20., 24., 27., 31.
- August 3., 7., 10., 14., 17., 21., 24., 28., 31.
- September 4., 7., 11., 14., 18., 19., 20., 25., 29.
- Oktober 2., 3., 5., 9., 10., 12., 16., 17., 19., 23., 24., 26., 30., 31.
- November 1., 6., 7., 10., 13., 14., 16., 20., 21., 23., 27., 28., 30.
- Dezember 4., 6., 7., 8., 11., 12., 13., 14., 18., 19., 20., 21., 25., 26., 27., 28., 29.

Potsdam den 21. Dezember 1886.

Der Regierungs-Präsident.

## Nichtamtliches.

Unser Kaiser erfreut sich wieder des besten Befindens. Der Monarch unternimmt täglich längere Spazierfahrten. Am Freitag ließen sich die Majestäten im Palais eine Anzahl Mitglieder der Berliner Feuerwehr vorstellen, welche sich im letzten Jahre ausgezeichnet haben. Abends wurde das Theater besucht. Sonnabend empfing der Kaiser mehrere bayerische Offiziere, welche zu den Frühjahrs-Exercitien nach Berlin kommandirt sind. Mittags erledigte der Kaiser Regierungsgeschäfte und unternahm Nachmittag eine Spazierfahrt. Sonntag Nachmittag war Familienfest im Palais. — Zum Geburtstag des Kaisers sind zum Besuch in Berlin offiziell angemeldet: Kronprinz Rudolf von Oesterreich, der Prinz von Wales, Großfürst Michael und Großfürstin Vera von Rußland, der Herzog von Aosta, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Schweden, Prinz Ludwig von Bayern und zahlreiche deutsche Fürstlichkeiten.

Es wird zuversichtlich gehofft, daß der Kaiser den neuen Reichstag in Berlin eröffnet, wenn es sein Befinden sonst gestattet. Das Präsidium bleibt den Konservativen. Entweder Herr von Wedell-Biesdorf oder Herr von Lesebow wird Präsident. Erster Vizepräsident soll Herr von Benda oder Herr Hobrecht werden.

Nach dem nunmehr amtlich festgestellten Wahlergebnisse sind gewählt:

- 73 Konservative,
- 38 Reichspartei,
- 84 Nationalliberale,
- 2 freisinnige Septennatsanhänger,
- 12 Freisinnige,
- 90 Ultramontane,
- 2 Welfen,
- 13 Polen,
- 6 Sozialdemokraten,
- 15 Elsaß-Lothringer,
- 335
- 62 Stichwahlen sind erforderlich

397

Die Stichwahlen im Reichstage werden nach der soeben erlassenen amtlichen Bekanntmachung am Mittwoch, den 2. März, erfolgen. Die offizielle Feststellung des Ergebnisses soll am vierten Tage nach dem Wahltermine stattfinden. Da dies ein Sonntag ist, so kann die Feststellung erst am 7. März erfolgen. Bis zur Aushändigung der Legitimationsurkunde an die gewählten Vertreter vergehen weitere 2 bis 4 Tage, und bis zu diesem Termine werden die betreffenden Wahlkreise in dem zum 3. März einberufenen Reichstage nicht vertreten sein.

Der Ausfall der Reichstagswahl in Berlin wird von dem englischen Blatte „Daily Telegraph“ folgendermaßen besprochen. „Dem Ausländer wird nichts verwunderlicher, nichts unerklärlicher erscheinen, als der Ausfall der Reichstagswahlen in Berlin. Von allen Städten Deutschlands hat es den größten materiellen Vortheil durch die Gründung des Reiches erhalten. Seitdem hat seine Bevölkerung um das Doppelte, sein Reichthum um das Dreifache zugenommen. Es ist das Hauptemporium Deutschlands für Industrie, Handel und Finanzen geworden, es hat sich beispiellos vergrößert und in jeder Beziehung sonst sich seiner neuen Stellung bewußt gezeigt. Wenn Dankbarkeit ein Artikel des politischen Glaubensbekenntnisses wäre, oder irgendwo die Ueberzeugung von Parteileuten beeinflusste, so müßte Berlin die monarchische Stadt des Erdbodens sein denn es verdankt seine Größe, ja, man kann sagen seine Existenz dem Hause Hohenzollern. Die Verpflichtungen Berlins gegen den jetzigen Kaiser insbesondere sind so unermeßlich, daß denkende Männer es nur als eine aus Unfähigkeit grenzende Undankbarkeit bezeichnen müssen, wenn die Stadt Abgeordnete wählt, deren politische Grundsätze mit jenen Attentätern übereinstimmen, welche zweimal innerhalb drei Wochen dem ehrwürdigen Monarchen nach dem Leben trachteten. Dennoch haben 90,000 Berliner ihre Stimme abgegeben für Leute deren zugegebene Absicht ist, die preussische Monarchie zu stürzen, die regierenden Klassen auszurotten und jede Institution zu vernichten, welche bisher zur Größe, Wohlfahrt und dem Ruhme ihres Vaterlandes beigetragen hat.“

Die Thatsache daß die Reichstagswahlen in Elsaß-Lothringen, wo im vergangenen Jahre noch der unergründliche Empfang unseres Kaisers anlässlich der dort stattfindenden Kaisermanöver stattfand und wo die Huldigung des Volkes eine begeisterte zu nennen war, durchweg reichsfeindlich ausgefallen sind, wird von den Berl. Pol. Nachr. folgendermaßen beleuchtet. Unseres Erachtens ist die Erklärung dafür eine sehr einfache. Die elsäß-lothringische Bevölkerung hält den Krieg für nahe bevorstehend und regnet bereits mit der Möglichkeit, daß französische Truppen in die Reichslande einbrechen. Die Elsaß-Lothringer kennen ihre ehemaligen Landesleute gut genug, um zu wissen, was eine solche Okkupation zu bedeuten haben würde. Sie haben eine wohlbegründete Furcht vor dem leidenschaftlichen, rachsüchtigen Charakter der Franzosen. In jeder Gemeinde nimmt man daher darauf Bedacht, sich bei den Franzosen angenehm zu machen und so für den Kriegsfall die drohende Gefahr der Vermüthung von den heimathlichen Gefilden abzuwenden. Den Deutschen fürchtet der Elsaß-Lothringer nicht, er kennt dessen ruhige, verständliche Gesinnungsart und hält es daher auch nicht für nothwendig, sich um seine Gunst zu bewerben. Die elsäß-lothringische Wahlen sind also lediglich als ein Modus der Versicherung anzusehen gegen die Schäden die der reichsländischen Bevölkerung von jenseits der Vogesen drohen.

Die dritte bereits angemeldete Kundgebung des Papstes ist an das preussische Episkopat gerichtet und widerholt im Wesentlichen die päpstlichen Wünsche über Septennat. Des Papstes Wunsch daß die Katholiken keinem Sozialdemokraten ihre Stimme bei den Stichwahlen geben sollen, ist in einem vierten Telegramm enthalten, welches durch den päpstlichen Nuntius in München dem gesammten deutschen Episkopat mitgetheilt werden wird.

Im Reichstagsgebäude in Berlin fand am Sonnabend unter Vorsitz des Geh. Commerzienraths Delbrück die konstituierende Versammlung der deutschen ostafrikanischen Gesellschaft statt.

Das Königl. Generalkommando des 3. Armeekorps hat die erste zehnwöchentliche Uebung der Ersatzreservisten 1. Klasse wie folgt für das Jahr 1887 festgesetzt 1) für Infanterie, Jäger und Pioniere auf den 18. August, für Fuhrartillerie auf den 1. September und für den Train auf den 1. Juli. Ebenso hat dasselbe Generalkommando bereits bekannt gegeben, daß, sofern nicht unvorhergesehene Ereignisse eine Aenderung nöthig machen für die Uebungen der 5. Division in diesem Herbst der Kreis Königsberg N.-O. und theilweise auch die Kreise Landsberg a. W. und Soldin, zum Schluß aber für das ganze 3. Armeekorps das linke Oderufer, süblich Angermünde—Schwedt in Aussicht genommen sei.

Oesterreich-Ungarn. Die ersten Kammern sowohl in Wien wie in Pest haben die Landsturm-Ausrüstungsvorlage debattelos und unverändert angenommen. — Am 9. März treten die Delegationen in Pest zusammen. — Was das österreichisch-deutsch-italienische Bündniß betrifft, so wird der Köln. Jtg. aus Rom geschrieben, daß dasselbe derart sei, daß Italien bei einem Angriff Frankreichs gegen Deutschland thätig eingreift, bei einem Angriff Rußlands gegen Oesterreich neutral bleibt.

Frankreich. Eine voraussichtliche Ministerkrise, die sogar nahe bevorstehen soll, giebt den Pariser Blättern jetzt Veranlassung zu den verschiedensten Kombinationen. Man sagt, daß Freycinet bereit sei, die Geschäfte zu übernehmen, und Goblet selbst sei überzeugt von der Nothwendigkeit einer Umformung des Kabinetts. — Am Sonntag nahm der Senat das Budget in der Fassung der Deputirtenkammer an und vertrat sich bis zum 7. März. — Wie der „Straßb. Post.“ von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, sind in dem hinter der französischen Grenzstation Ludon le Moron (Strecke Dieppe-Paris—Sedan-Paris) befindlichen Eisenbahntunnel die Sprengminen durch französische Geniemannschaften mit Schießbaumwolle geladen worden. — Nach einem Telegramm aus Ajaccio sind am Sonntag Vormittag 2 Kompagnien Infanterie nach Sartène abgegangen, wo der Bonapartist Leandri, welcher kürzlich einen aufrührerischen Aufruf erließ, an der Spitze eines bewaffneten Volkshaufen erschienen sein soll.

England. Die Kohlengrubenarbeiter in Lanarkshire in Schottland haben den Aufwiegelungen zu gewaltthätigen Widerstände kein Gehör gegeben und es für rathamer gehalten, den unter ihnen ausgebrochenen Arbeitsausstand friedlich zu beenden. In einer am Donnerstag im Bezirk Motherwell abgehaltenen Massenversammlung wurde der fast einstimmige Beschluß gefaßt, das Anerbieten der Grubenbesitzer, den Lohnstreit zum Gegenstand einer gemeinschaftlichen Verhandlung zu machen, anzunehmen und die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Rußland. Das Petersburger Journal bespricht einen Artikel der Berliner Nationalzeitung, welche das Journal unter die Blätter eingereicht hatte, welche sich über den deutschen Wahlausfall feindselig geäußert hätten. Das russische Blatt stellt das in Abrede und führt aus, durch Zeitungsnaurichten würden die langandauernden guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nicht gestört werden. — Die geplante Erhöhung der russischen Eisenzölle soll für Gußeisen zunächst eine Zollerhöhung von 18 auf 25 Kopfen betragen. Bei anderen Eisensorten wird eine Erhöhung von 40 auf 60 Kopfen beabsichtigt.

Italien. Auch Graf Robilant hat den Auftrag, ein neues Kabinet zu bilden, abgelehnt. Der König Humbert konterirte mit dem liberalen Führer Crispi. Derselbe ist jedoch wenig geeignet, die bisher bestandene Freundschaft mit Deutschland und Oesterreich weiter zu pflegen, da er aus seinen Sympathien für Frankreich kein Hehl macht. — Nach amtlichen Ermittlungen sind in Folge des Erdbebens noch stehende Ortshäuser in Ligurien am meisten heimgesucht worden. Vajardo, woselbst 300 Tode und Verwundete, Diano Merino 250 Tode und Verwundete, Bussana 50 Tode und 36 Verwundete, Diano Cascio 30 Tode und mehrere Verwundete, Castellara 30 Tode und viele Verwundete.

Bulgarien. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Sofia, die Regierung sei fest entschlossen über die von ihren Delegirten in Konstantinopel gemachten Konzeptionen nicht hinauszugehen und keine weiteren Zugeständnisse an den Standpunkt Panlow's zu machen. Die Sobranje dürfte Mitte März in Tirnowa zusammentreten und die Vollmachten der Regenten erneuern, jedoch kaum in der Lage sein, die Fürstenwahl vorzunehmen.

## Parlaments-Nachrichten.

Berlin, 25. Februar.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich zunächst mit dem Gesetzentwurf, betreffend die Theilung von Kreisen in den Provinzen Posen und Westpreußen, und überwies denselben schließlich an eine 21er Kommission zur Vorberathung. Eine entschiedene Gegnerchaft gegen den Entwurf trat nur bei dem polnischen Redner hervor, während die Mitglieder anderer Parteien mehr oder weniger das Bedürfniß der Vorlage anerkannten. Seitens der Regierung wurde bemerkt, daß über den Kostenpunkt in der Kommission nähere Auskunft gegeben werden würde, und daß der Gesetzentwurf — was von dem deutschfreisinnigen Redner bemängelt war — zwar nicht den offiziellen Kreis- und Provinzialvertretungen vorgelegen hätte, daß aber die Wünsche der Interessenten gleichwohl berücksichtigt seien, daß das Erstere nicht geschehen, hätte seinen naheliegenden Grund in der Zusammenfassung der Kreistage. — Die dann folgende Berathung des Entwurfs einer Kreisordnung zc. für die Rheinprovinz nahm nur kurze Zeit in Anspruch, da im Allgemeinen sich die Ansicht geltend machte, daß die gegenwärtige Vorlage als eine Konsequenz der bisherigen Verwaltungsgesetzgebung zu erachten sei. Die im Laufe der Diskussion im Einzelnen an der Vorlage gemachten Ausstellungen sollen in der Kommission, welcher auch diese Vorlage überwiesen wurde, thunlichst Berücksichtigung finden. — Morgen soll die zweite Berathung des Etats zu Ende geführt werden und eventuell der Gesetzentwurf, betreffend die Leistungen für die Volksschulen, zur ersten Lesung gelangen.

Berlin, 26. Februar.

Das Abgeordnetenhaus gebrauchte heute nur noch kurze Zeit, um die zweite Lesung des Etats zum Abschluß zu bringen. Die Vorlage der Regierung wurde überall in Uebereinstimmung mit den Anträgen der Subjekt-Kommission unverändert genehmigt. Zu einiger Debatte führte nur in dem Etat des Kultusministeriums der von dem Abg. Knörcke eingebrachte Antrag Den zur Unterstüzung der pensionirten Lehrer in den Etat eingestellten Betrag soweit zu verstärken, daß auch den vor Erlaß des neuen Lehrerpensionsgesetzes in den Ruhestand getretenen Lehrern ein höheres Pensionseinkommen gewährt werden könne, der indess namentlich mit Rücksicht auf die in der Kommission von den Regierungsvertretern abgegebene entgegenkommende Erklärung vom Hause abgelehnt wurde. Das Etatsgesetz selbst wurde ohne Debatte genehmigt. Den Schluß der Sitzung bildete die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Leistungen für die Volksschule, welcher im Allgemeinen im Hause eine wohl-